

**Erklärung nach § 257 StPO, und in Verbindung mit einer Einlassung zum Thema
„Behauptung ND würde das friedliche Zusammenleben der Völker gefährden
am 28.02.2017**

Sie, Richterin Mertens, nutzen diese haltlose Unterstellung und Fehleinschätzung des sogenannten Verfassungsschutzes, um bei der Befragung der Zeugin Eva H. die schon vor der Befragung zur Sache mit der Behauptung einzuschüchtern ist, daß diese gar nicht erst Mitglied der Vereinigung Neudeutschland hätte werden dürfen. Zudem fragten Sie im scharfen Ton, ob ihr Arbeitgeber denn wisse, was Sie da tue und unterstütze.

Wie unter solchen profanen Einschüchterungspraktiken eine unvoreingenommene Prüfung der oder Wahrheitsfindung erreicht werden soll, ist fraglich. Damit bezeugten die Richter ihre voreingenommene und immer noch bestehende Haltung und Überzeugung, daß die gemeinnützige Vereinigung Neudeutschland oder auch das Königreich Deutschland den Frieden gefährden, Bürger grundgesetzwidrige Ziele verfolgen könnten. Aufgrund dieser Fehleinschätzung erscheint eine unvoreingenommene Prüfung nur schwerlich möglich.

Diese Behauptungen müssen hier richtig gestellt werden, da sie völlig abwegig sind. Sie zeugen nur von falschen Annahmen oder begründen sich auf Fehlinformationen über die Vereinigungen Ganzheitliche Wege e.V., Neudeutschland und/oder Königreich Deutschland.

Die Vereinigungen Neudeutschland und Königreich Deutschland gefährden nicht das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Es soll mit Hilfe der Vereinigungen Neudeutschland und Königreich Deutschland versucht werden, das friedliche Zusammenleben der Völker herzustellen. Gegenwärtig finden ca. zweihundert bewaffnete Konflikte auf der Erde statt. Es findet ein Kampf um Ressourcen statt. Es besteht also nicht nur ein Zustand der Friedensgefährdung, der Frieden auf dieser Erde ist gar nicht existent und er schwindet immer weiter. Um die Behauptung der Friedensgefährdung durch NeuDeutschland zu entkräften muss zuerst dargestellt werden, was die tatsächlichen Hauptgründe für die Gefährdung des Friedens und der Führung von Kriegen sind.

Zusammen kann auch klar erkannt werden, daß die Vereinigungen Ganzheitliche Wege e.V., Neudeutschland und Königreich Deutschland gegründet worden sind, um genau diese hier darzustellenden Hauptgründe für die Kriege und die beständige Friedensgefährdung auf kooperative und friedliche Weise zu beseitigen.

Erst durch die Erneuerung der bestehenden Systeme, die der Hauptgrund für die konfliktreichen Zustände auf der Erde sind, kann überhaupt nur Frieden hergestellt werden. Die Vereinigungen Ganzheitliche Wege e.V., Neudeutschland und Königreich

Deutschland sind bestrebt die kriege- und friedensgefährdenden Ursachen dadurch zu beseitigen, indem friedenschaffende Systemstrukturen in allen Bereichen geschaffen werden sollen, die allen Völkern selbstlos angeboten werden können. Ohne funktionale Alternative in allen Bereichen menschlichen Zusammenlebens ist eine Erneuerung nicht möglich. Diese wissenschaftlich und empirisch zu erproben und zu leben, war und ist Aufgabe der Vereinigungen. Sie waren damit erfolgreich. Würde die Verfassungsordnung des Königreiches Deutschland flächendeckend eingeführt werden, wäre dauerhafter Frieden erreicht.

Ich möchte hier mit Hilfe der Veröffentlichung der deutschen Bundesbank die Hauptursache der bestehenden Konflikte und Kriege, zahlreicher weiterer Missstände und auch für die Friedensgefährdung deutlich machen. Dabei wird folgendes klar werden. Viele, wenn nicht gar die meisten der globalen Missstände werden durch die fehlende Regulierung einer schuld- und zinsfreien staatlichen Zahlungsmittellemission verursacht. Dieses Feld der Geldschöpfung wird in zweifelhafter Weise der profitorientiert handelnden Privatwirtschaft überlassen. Daraus ergeben sich zahllose Missstände. Das wird auch in der Veröffentlichung der deutschen Bundesbank zur Geldschöpfung klar.

Die deutsche Bundesbank veröffentlicht zur Geldschöpfung (siehe Anlage 1) Zitat

„Neben Kreditgewährung und Gutschrift gibt es einen zweiten Weg, wie die Zentralbank den Banken bei einer Sichteinlage – also zu Zentralbankgeld – verhelfen kann. Dazu kauft die Zentralbank einer Bank einen Vermögenswert ab, beispielsweise Gold, Devisen oder Anleihen und schreibt ihr den Verkaufserlös gut. Auch dadurch entsteht Zentralbankgeld. Die Gold- und Devisenreserven der Zentralbank sind historisch durch solche Ankäufe entstanden.“

Das heißt vereinfacht und Klartext aus Sicht der sogenannten Zentralbanker heute z.B.:

“ Wir schreiben den Kreditinstituten in unserem Computer eine Zahl gut und damit erwerben diese eine Erlaubnis und Geschäftsgrundlage, um verzinste Buchgeld aus dem Nichts zu erschaffen.“

Oder:

„Wir kaufen ihnen ihr Haus durch die Schaffung eines Buchungssatzes ab, und legen die Kosten für unser Eigeninteresse mit Hilfe der Inflation auf die Allgemeinheit um.“

Oder: „Wir geben euch wertlose Papierzettel, damit ihr damit vereinfacht Tauschgeschäfte machen könnt, und ihr gebt uns dafür Gold oder andere natürliche Ressourcen.“

Oder:

„Wir geben euch unsere Kunstgegenstände und ihr gebt uns euer Staats- und Volksvermögen.“

Das Zentralbankenkartell muss nahezu nichts tun, um an die von Anderen geschaffenen Sachwerte oder an natürliche Ressourcen zu gelangen. Die Kosten dafür werden einfach durch die Vermehrung der Zahlungsmittelmenge auf die Allgemeinheit umgelegt. Die Allgemeinheit erfährt durch die Diskrepanz von steigender Geldmenge und vorhandenem Bargeldangebot die beständige Inflationierung der Sachwerte und den Verlust angesparter, sogenannter Vermögenswerte. Durch den beständigen Kaufkraftverlust, ergibt sich die beständige Wertminderung. Das ist bei langfristig angesparten Renten besonders auffällig. Altersarmut hat hier ihre Ursache.

Dazu erhalten Sie Informationen bei Prof. Dr. Bernd Senf in seinem Werk „Der Nebel um das Geld.“

In den veröffentlichten Werk der Bundesbank heißt es deshalb dann weiter:

„Kommt es allerdings zu übermäßiger Geldschöpfung kann dies Fehlentwicklungen auslösen, beispielsweise die Preisstabilität gefährden.“

Korrekt ausgeführt zeigt, daß dies nicht die einzige Fehlentwicklung ist. Es gibt zahlreiche weitere, und noch viel gravierendere Fehlentwicklungen. Durch das Schuldgeld in Verbindung mit dem Zinseszinsystem ist die Geldmengenvermehrung zwingend. Je höher die Zinsen, desto schneller läuft daß Karussell, desto mehr sogenannte Kollateralschäden und desto kürzer die Lebensspanne der Stabilität des Geldsystems. Eine Geldmengenreduzierung zur Verlängerung der Lebensspanne des Systems erfolgte bisher durch Hedgefonds, Immobilienblasen usw. an der Basis des kleinen Mann, der derartige sogenannte Kapitalanlagen von den Kreditinstituten erwarb. Fehlende Preisstabilität wird als Inflation bezeichnet. Sie entsteht dadurch, daß die Geldmenge stärker steigt, als die Menge der produzierten konsumfähigen Sachwerte. Wird die Geldmenge beispielsweise bei gleicher Warenmenge verdoppelt, so vermindert sich der Wert des Zahlungsmittels um die Hälfte, die Inflation beträgt dann fünfzig Prozent.

Einfach ausgedrückt müssen sich Geldmenge und Warenmenge mindestens in Waage halten, soll Inflation verhindert werden. Auch wenn die Warenmenge höher als die laufende Geldmenge ist, ist dies unschädlich. Es kommt ja auch noch auf die Umlaufgeschwindigkeit an. Allein jedoch schon auf Grund der vom Zins- und Zinseszinsystem erzwungenen beständig schneller steigenden exponentiellen Geldmengenvermehrung, wird die Entwicklung der Inflationierung immer rasanter. Die Zinserträge der Superreichen wachsen ja durch den Zinseszins exponentiell. So müssen auch die Schulden mitwachsen. Schließlich erarbeiten Schuldner die auszuzahlenden Guthabenzinsen. Ohne Schuldner keine Auszahlung von Guthabenzinsen.

Eine Wirtschaft kann nicht ständig exponentiell mitwachsen. Die durch das Zinseszinssystem erzwungene Geldmengenvermehrung ist aber auch die Ursache für den beständigen Wachstumszwang. Selbst wenn man schon alles hat, kann man durch das bestehende Zahlungsmittelsystem nicht aufhören zu produzieren, da dann das System kollabieren würde.

Es braucht zur Sicherung des Friedens also unbedingt eine Alternative vor dem Verfall der alten Ordnung. Sonst wiederholt sich die Geschichte. Wachsende Inflation entsteht dadurch, daß der im Markt befindliche und umlaufende Zahlungsmittelwert und der Warenwert immer mehr differieren. Die Diskrepanz drückt sich einerseits in zunehmender Preiserhöhung (Inflation) aus, und zudem wird durch den sich immer weiter verschärfenden Konkurrenzkampf, die bestehende Marktsättigung, und die in der Geschwindigkeit immer weiter zunehmende Umschichtung der Guthaben von der arbeitenden Bevölkerung zu den Superreichen, eine Deflation an der Basis ausgelöst. Die Folge ist, daß Gewinn der Produzenten und Unternehmen immer weiter schrumpft und die Rücklagen beim Mittelstand schwinden.

Eigene Investitionen werden so schwieriger und wieder nur mit Hilfe von Kreditinstituten möglich. Abhängigkeiten und Zinskosten sind vorprogrammiert. Sie schieben das Problem nur etwas hinaus ohne die Ursachen zu beseitigen. Die weitere Vereinnahmung der Sachwerte bei den Zahlungsmittellemittenten erfolgt nun immer schneller. Der soziale Frieden schwindet und die Unsicherheit und Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst, ohne daß diese die wahren Ursachen am Geldsystem erkennen können. Das fördert rechtsgerichtete Strömungen und einen immer weiter zunehmenden ungesunden Nationalismus. Erneute Konflikte bahnen sich an

(Es gibt auch gesunden Nationalismus. Er besteht darin, daß sich die Nationen gegenseitig respektieren und unterstützen und die kulturellen Unterschiede als Bereicherung wertschätzen.)

Diese Deflation und Zahlungsmittelknappheit an der Basis ist so noch viel verheerender als die Inflation. Sie wirkt im gesamten Euroraum für ein Unternehmenssterben, führt zu einer sogenannten Marktbereinigung zu Lasten des Mittelstandes und zu einer Monopolisierung bei den ganz großen Konzernen.

Ich erwähnte schon, immer höhere Guthabenzinsen der Superreichen, kann man nur auszahlen, wenn es auf der anderen Seite immer mehr Schuldner gibt, denen man die Schuldzinsen zur Umverteilung mit Hilfe des Staates, im Dienst an den Superreichen und den Zentralbankern abnehmen kann. So werden künftig weiter Schuldner erzeugt und die Steuerlasten in den Industrienationen erhöht. Das erhöht die Produktionskosten. Die Produzenten von Massenwaren wandern in Billiglohnländern ab. Die Arbeitsbedingungen sind dort oft katastrophal. Die Menschen werden dort ohne Rücksicht ausgebeutet. Die Arbeitslosigkeit in den Industrienationen wächst. Die Schere zwischen arm und reich wird immer offensichtlicher. Da sich die Guthaben bei immer weniger Personen der oft skrupellosen Eliten konzentrieren und sich die dort auszuzahlenden Zinserträge beständig erhöhen. Der Mangel an Zahlungsmitteln an der Basis und ein gesättigter Markt führen zur erwähnten Deflation, damit zur

sogenannten Marktberreinigung, und übrig bleiben dann nur noch die Konzerne und Nischenteilnehmer.

Mittelstand und Arbeitsplätze werden so im großen Stil vernichtet.

Dadurch wiederum fehlen die Zahlungsmittel an der Basis, und beständig immer mehr. Das führt vermehrt zu sozialen Unruhen, weiter vermehrter Armut, steigender Beschaffungskriminalität, zur Verrohung der Menschen, zu sozialen Unruhen und zum gefährden des Friedens. Dies kann so schließlich auch die Lebensqualität der besser gestellten Mitglieder des Sozialstaates vermindern, oder im Konfliktfall sogar vollständig zerstören.

Derartige Entwicklungen kann man schon verstärkt in Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien, Portugal und anderen EU Ländern beobachten. Da das Kapital dort keine Renditen mehr erlangen kann, wandert es in die stärkeren und noch funktionierenden Volkswirtschaften ab. Davon profitieren wir gegenwärtig noch auf Kosten der anderen EU Länder. Die EU beginnt zu zerfallen. Es ist ein Kausalerfolg des EZB Systems. Die gegenwärtigen Bemühungen der Bundesrepublik und der restlichen EU zur Schaffung von Sicherheit und Stabilität, setzen nicht bei den tatsächlichen Ursachen für die Konflikte an. Diese Ursachen liegen im System des Kapitalismus, mit einem sogenannten Zentralbankensystem, selbst begründet. Es wird gegenwärtig nur auf Kosten der Freiheit und der Grundgesetz formulierten Grundrechte versucht durch die Errichtung eines starken Polizeistaates, den man hier als Rechtsstaat bezeichnet, die Situation zu lindern. Der behauptete Terrorismus spielt den Verfechtern des Polizeistaates in die Hände, wird von denen begünstigt oder sogar erschaffen. Die Waffenindustrie arbeitet Hand in Hand mit dem Bankenkartell. Sie bedingen und begünstigen einander.

Das ist friedensgefährdend und steht dem friedlichen zusammen leben der Völker entgegen. Und nicht Neudeutschland oder Königreich Deutschland. Im Königreich Deutschland sind Waffenexporte verboten. Ein friedlicher Staat sollte sich nicht an Tod und Zerstörung beteiligen. Gäbe es keine Waffen und Armut, gäbe es kaum Kriege. Die Kontrollversuche mit Hilfe des Polizeistaates zur Aufrechterhaltung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, sind langfristig betrachtet aussichtslos. Der sogenannte „starke Rechtsstaat“ und eine freiheitliche Ordnung schließen sich schon gegenseitig aus.

Es führt zügig in eine kollektive Sklaverei eines sogenannten Überwachungsstaates mit faschistoiden Zügen. Mit einer freiheitlich demokratischen Grundordnung hat das dann aber gar nichts mehr zu tun. Wir sollten endlich aus der Geschichte lernen, nicht die gleichen Fehler wiederholen, und erneut den Frieden sogar in Europa gefährden. Da es sich andeutet, daß die sozialen Unruhen größer werden, beginnt man nun das bedingungslose Grundeinkommen als leistungsloses Einkommen für die unteren Schichten öffentlich zu diskutieren und einzuführen. In Finnland werden zuerst Testläufe gemacht und auch in Frankreich tritt jemand mit dieser Idee im Wahlkampf an. So kann man weiter machen wie bisher, da die Bäuche der Armen ja wieder voll sind. Das bedingungslose Grundeinkommen im jetzigen System garantiert die Aufrechterhaltung eines „staatlichen“ Redistributionssystems und damit auch die weitere Vereinnahmung von privatem und öffentlichen Eigentum und Besitz, die

Verfügungsgewalt der Zentralbankhausfamilien. Der Mittelstand stirbt weiter, bis die Industrie nahezu alleinig produziert. Die Zentralbank erkaufte sich damit Zeit, um ihr Vorhaben der völligen Vereinnahmung öffentlichen Eigentums in die Privatwirtschaft und Kontrolle weiter voranbringen zu können. Die produzierenden Industriekonzerne gehören letztlich oft den gleichen Familien, deren auch die Zentralbanken und Kreditinstitute, die Versicherungen, die Ölmultis, die Chemie- und Pharmakonzerne usw. gehören. Diese Industriekonzerne vermarkten nun immer mehr mit Hilfe des Internets, direkt und unter Ausscheidung der bestehenden Handelsketten ihre Massenwaren. Sie maximieren damit ihre Profite weiter. Die Innenstädte verzeichnen immer mehr Leerstände. Eine weitere Polarisierung, die Bildung von Slums oder eine noch verstärktere Spaltung der Gesellschaft tritt ein. Arbeitsplätze verschwinden weiter im großen Stil. Schlecht bezahlte Paketdienstleister und dann später Warenlieferer Drohnen bringen die Industriewaren in die Haushalte. Irgendwann sind alle gleich gemacht, leben in kleinen Wohnbuchten und erhalten ihr Grundeinkommen zur Konsumierung der Industriegüter. So die Prognostizierung von Soziologen. Wer Augen und Verstand hat, kann diese Entwicklung durchaus beobachten. Diese Friedens- und Freiheitsgefährdenden Entwicklungen werden in dem bestehenden Geld- und Finanzsystem und den angeschlossenen Kreditinstituten begünstigt und erzeugt und nicht durch die Vereinigungen Neudeutschland oder Königreich Deutschland, wie hier behauptet wird. Betrachten wir die dazu passenden Bildungseinrichtungen und weitere sogenannte „staatliche Einrichtungen“. Um das System der Schuld und Zinsknechtschaft aufrecht zu halten, braucht man den sogenannten „starken Rechtsstaat“ und seine einseitig gebildeten Bediensteten. Nur halb- oder fehlgebildete Menschen in den sogenannten „staatlichen Organen“ können dazu benutzt werden den oben genannten Interessen, der eigenen oder der Banken zu dienen. Um das bestehende friedensgefährdende Umverteilungssystem erhalten zu können, erziehen sich die Bankenclans willige oder unwissende Mitwirkende mit Hilfe der sogenannten „staatlichen Bildungseinrichtungen“. An der Basis, mit Hilfe der Personen an der Basis selbst. Unwissende unterrichten Unwissende zu Erhaltung der Unwissenheit an der Basis.

Das Ziel ist die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Um sich die Führungselite untergeben zu machen, werden die Eliteuniversitäten finanziert und deren Bildungsinhalte vorgegeben. Die Fähigsten werden in Studentenverbindungen oder in Internatsschulen geholt, in denen sexuell sadistische Einweihungsrituale vollzogen werden, die nur den Grund haben, den eigenen individuellen Willen zu brechen, Egoismus und Skrupellosigkeit zu fördern um letztlich Systemkonformität gemäß des Kapitals zu erzeugen. Derartige Vorgänge sind auch in anderen elitären Gruppen zu beobachten, wie gerade in der Staufferkaserne bekannt wurde oder in kirchlichen Internatsschulen beobachtet werden kann, und schon vielfach beobachtet und bekannt wurde. Diese Praktiken sollen einen Menschen innen verrohen, das integrere Handeln in den Hintergrund gedrängt und das innere Gewissen wird so geschwächt. Angst, Zwänge, soziale Gruppenzugehörigkeiten und das System von Belohnung und Bestrafung sind hier Werkzeuge zur Erziehung. Mit Nächstenliebe und anderen christlichen

Verhaltensweisen hat das gar nichts zu tun. Liebesfähigkeit, ein ehrbarer Charakter und soziales Verhalten wird im Menschen damit nicht gefördert.

Kommen wir zurück auf das friedensgefährdende Geldsystem, daß die Schädlichkeit des Zinsseszinsystems vielfach erkannt wurde, beginnen Einige nun etwas aus der Geschichte des verzinsten Schuldgeldsystems und ihrer Kriegsförderlichkeit zu lernen. Und man führt nun sogenannte Negativzinsen ein, die man eigentlich besser Umlaufsicherung nennen sollte. Den Kommunen die fünfhundert Tausend Euro bei den Banken vorhalten, wird diese schon vereinzelt abgenommen. Das soll das Geld wieder in den Markt treiben und Investitionen fördern. Das Rad soll weiterlaufen. Silvio Gesell verfasste erste Schriften zum sogenannte „Schwundgeld“. In einer Gemeinde Wörgl wurden dazu in den 1920er Jahren erste und sehr erfolgreiche Versuche mit umlaufgesichertem Freigeld oder Schwundgeld vom Bürgermeister unternommen. In der tiefsten Depression der Stadt galt dort so Fülle und Beschäftigung. Die Nationalbank verbot diese sehr erfolgreichen Versuchen. Die Banker fürchteten um ihr Geldschöpfungsmonopol und hielten die Welt lieber weiter in der Depression fest.

2006 begann ich mit einer umlaufgesicherten Regionalwährung zu experimentieren. Die Ergebnisse dazu veröffentlichte ich auf der Seite Neudeutschland.org. 2009 wies mich die Bundesbank in währungsrechtlichen Diskussionen darauf hin. Mit einer Umlaufsicherung kann man zwar das gegenwärtige System noch eine Weile am Laufen halten, da thesaurieren (horten) bestraft wird. Eine Umlaufsicherung ist zum Ankurbeln der Wirtschaft in einer Mangelgesellschaft deshalb durchaus gut geeignet. Es zeigt, daß Zeiten sich entwirbeln. Es kann sich schon einem gesättigten Markt und bei Beibehaltung des bestehenden Systems, auf Dauer, weiter verheerend für die Umwelt, die Gütequalität und auch für die Freiheit auswirken. Auch beschleunigt sich das Tempo „des Lebens“ für alle Menschen. Das hat negative gesundheitliche und soziologische Auswirkungen, erhöht den Leidensdruck, steigert die Verrohung der Bevölkerung, und ist damit weiter friedensgefährdend. Die Mangelgesellschaft im Eurosystem fördert immens die Existenzängste der Menschen und an der Basis der Gesellschaft im großen Stil. Dieses führt zu vermehrter Verrohung und zu fehlender kollektiver Ethik. Die immer stärkeren Maxime wirtschaftlicher Liberalität, bei fehlender Ethik, führt zu einer immer offener auftretenden „Staatsmafia“, die sich das Geld des sogenannten „Steuerzahlers“ nun schon legalisiert in die eigenen Taschen wirtschaftet. Dieses Wissen ließ mich erkennen, daß mit „Politik“ im Heute, mit verstandenem Sinne im System der Bundesrepublik kein Gemeinwohl herzustellen ist. Politik ist, dem griechischen Wort sinngemäß, eigentlich die Herstellung von Allgemeinwohl in einer Polis. Die Polis war im alten Griechenland eine basale soziale Einheit. Auch ist die Abhängigkeit von Kreditinstituten zu meinen. Dies ließ mich in Artikel 78, Absatz 8 der Verfassung der Vereinigung aufnehmen, daß der Vereinigung jegliche Form einer Kreditaufnahme verboten ist. Das Geldsystem ist auch der Grund für den Produktions- und Wachstumszwang, wider jeglicher Vernunft. Er sorgt für die Verschlechterung der Qualität der Ware. Denn um im bestehenden

Zwangsmittelsystem, in einem gesättigten Markt weiter produzieren zu können, muss die Lebenszeit der Güter kurz sein. Das können wir heute schlichtweg bei Industrieprodukten beobachten. Auch die Deflation sorgt für die beständige Verschlechterung der Qualität, um eine Verkürzung der Lebensdauer der Waren. Das führt zu enormen Umweltbelastungen und Raubbau, zu Kriegen zur Rohstoffbeschaffung und schließlich zur Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation (falls es noch eine gibt) und der erneuten Vernichtung aller Sachwerte um das System erneut bei Null zu starten. Die Gewinner am Krieg sind eigentlich die Zahlungsmittellemittenten und die Rüstungs- und Wiederaufbauindustrie. Das können wir in der Geschichte vielfach beobachten. Die Menschheit heute beginnt aus ihrer Kriegsgeschichte zu lernen. Im Eurosystem besteht auch keine Preisstabilität. Die damaligen D-Mark Preise sind heute Euro-Preise. In einigen Bereichen ist es sogar so, daß die Euro-Preise die damaligen D-Mark Preise längst übersteigen. Vor allem bei den Dingen, die von allen Menschen gebraucht werden, wie Strom, Lebensmittel und Anderes. Die Einkommen der einfachen Bevölkerung steigen jedoch nicht in gleichem Masse wie die Lebenshaltungskosten steigen. So müssen auch immer mehr Menschen mehr als einer Tätigkeit nachgehen und trotz Arbeit auch noch soziale Unterstützung erhalten. So entstehen aus Suppenküchen, Obdachlosenunterkünfte, soziale Auffangstellen, mehr Gewalt, Verrohung und Anderes. Dies alles sind Auswirkungen des bestehenden friedensgefährdenden sogenannten Zentralbankensystems und der daran angehängten Kreditinstitute, die mit Hilfe der Verschuldung dieselbe Abhängigkeit und beständigen Konflikten festhalten. Weiter dazu in der Veröffentlichung der Bundesbank.

„Die Banken können ihre Guthaben bei der Zentralbank jederzeit in bar abheben, außerdem können sie umgekehrt Bargeld jederzeit wieder Geld einzahlen und sich gutschreiben lassen. Wegen dieser Austauschbarkeit zählt auch das Bargeld, das die Banken in ihrer Kasse halten, und an ihre Kunden ausgezahlt haben, als das Gesamte von der Zentralbank ausgegebene Bargeld, zum Zentralbankgeld.

Auch da ist klar ersichtlich, daß sich alles im Umlauf befindliche Barzahlungsmittel im Eigentum der privaten Zentralbanker befindet. Durch die Schaffung des Euro, als Kunstgegenstand mit Copyright und dem damit verbundenen Gläubiger-Schuldner-Verhältnis, wird die Lohnsklaverei und Friedensgefährdung deutlich. Es gibt kein Eigentum am Bargeld. Selbst wenn man dafür gearbeitet hat. Damit ist die Funktion echten Geldes als ein Anrecht auf eine Gegenleistung, für eine zuvor erbrachte Leistung, als das Recht auf Konsum, abgeschafft worden. Auch die Funktion eines Wertaufbewahrungsmittels ist abgeschafft worden. Kein einziger ihrer Euroscheine befindet sich in ihrem Eigentum.

Die Inflation tut dem ihr übriges dazu. Der tatsächliche Eigentümer des baren Zahlungsmittels hat sich damit flächendeckend in eine Gläubigerposition gebracht. Schuldner sind alle Menschen die das Zahlungsmittel verwenden. Im BGB finden Sie: „der Gläubiger hat das Recht, von dem Schuldner eine Leistung zu verlangen.“

Die sogenannten Regierungen kommen dem Leistungsverlangen der Zentralbanker durch sogenannte Steuersysteme nach. Mit Hilfe von Steuer und Zinssystem wird 81,9% der Arbeitsleistung der Bevölkerung von den Eignern der Zentralbank vereinnahmt. Das lässt sich anhand der veröffentlichten Zahlen des sogenannten Statistischen Bundesamtes errechnen. Durch das Schuldverhältnis und die beständige Zahlungsmittelknappheit bei den Menschen an der Basis der Gesellschaft haben Judikative die Gerichtsvollzieher und andere exekutive Dienste der Bankersfamilien genug zu tun. Das Mangelsystem Euro gefährdet so den sozialen Frieden. Auch das gesamte Buchgeld der Kreditinstitute resultiert nur aus einer Einlage mit Zentralbank Zahlungsmittel. So sind alle Volkswirtschaften abhängig geworden und es besteht flächendeckende Lohnsklaverei.

Noch einige Richtigstellungen:

Die Deutsche Bundesbank verwendet in ihren Veröffentlichungen beständig fehlerhafte Begriffe. Sie setzt „Banken“ mit „Kreditinstituten“ und „Geld“ mit „Zahlungsmittel“ gleich. Das wäre so, als ob man beispielsweise Eigentum und Besitz gleichsetzt. Es erscheint oberflächlich betrachtet dasselbe zu sein. Es ist rechtlich aber was völlig verschiedenes. Der Besitzer bemerkt den Unterschied erst, wenn der Eigentümer sein Eigentum zurück verlangt und der Besitzer dies herauszugeben hat. Doch weiter im Text der Veröffentlichung der Bundesbank.

Zitat: „Wie das Buchgeld der Geschäftsbanken in Umlauf kommt... Der Vorgang entspricht der Entstehung von Zentralbankgeld: In der Regel gewährt die Bank einem Kunden einen Kredit und schreibt ihm den entsprechenden Betrag auf dessen Girokonto als Sichteinlage gut. Ähnlich wie die Zentralbank prüfen auch die Banken zuvor genau, ob die Voraussetzungen für eine Kreditvergabe gegeben sind. Insbesondere wird geprüft, ob der Kreditnehmer in der Lage sein wird, den Kredit mit Zins- und Tilgungszahlungen zu bedienen. Auch muss die Bank ihre Kosten im Blick haben, darunter ihre Kosten für eine Refinanzierung des Kredits. Wird einem Kunden ein Kredit über 1.000 Euro gewährt (z. B. Laufzeit 5 Jahre, 5 % p.a.), erhöht sich die Sichteinlage des Kunden auf seinem Girokonto um 1.000 Euro. Es ist Buchgeld entstanden oder es wurden 1.000 Euro Buchgeld geschaffen. Die Buchgeldschöpfung ist also ein Buchungsvorgang. Buchgeld schafft eine Bank auch, wenn sie dem Kunden einen Vermögenswert abkauft und den Zahlbetrag auf dessen Konto gutschreibt. Der Kunde kann den gutgeschriebenen Betrag für Überweisungen nutzen oder auch in bar abheben. Typischerweise vergüten die Banken ihren privaten Kunden für Sichteinlagen auf dem Girokonto nur niedrige oder gar keine Zinsen.“ Zitat Ende.

Auch hier ist wieder ersichtlich, daß das Kreditinstitut lediglich einen Buchungssatz erschaffen braucht, um sich leistungslos Sachwerte der arbeitenden Bevölkerung anzueignen. Der Zins hier im Beispiel 50,00€ im Jahr wird dabei **nicht** mit erschaffen. Der Betrag fehlt im System und muss zwingend einem anderen Marktteilnehmer abgenommen werden, um den gesamten geschuldeten Betrag zurück zu zahlen. Da es rechnerisch unmöglich ist das hier der Marktteilnehmer den geschuldeten Betrag

plus Zinsen zurückzahlen kann, verliert immer jemand sein aufgebautes Sachvermögen an die Bank. Ein einfaches Beispiel, wobei wir uns hier die erste Ausgabe von Zahlungsmittel vorstellen wollen. 10 Kreditnehmern werden jeweils 100 Euro verzinst geliehen. So sind 1.000 Euro im Umlauf. Wenn bei 10% Verzinsung jeder nun 110 Euro zurück geben soll ist das unmöglich, da insgesamt 1.100 Euro zurückverlangt werden, obwohl nur 1.000 Euro im System sind. Es fehlen diese 10% Zahlungsmittel im System. Es muss folglich Kreditausfälle geben. Die „Kreditnehmer“ verlieren so ihre Sachwerte an den „Kreditgeber“. Die Bediensteten der Öffentlichkeit arbeiten aus Unkenntnis für die Kartelle bei den Raubzügen als Beihelfer. So funktioniert das System im Kleinen wie im Großen. Das Kreditinstitut verdient also nicht nur an der Differenz zwischen den nicht oder kaum bezahlten Guthabenzins auf Sichteinlagen und den viel höheren Schuldzinsen die beim Girokonto auch zweistellig ausfallen können. Sie erlangen auch beliebige Sachwerte mit Hilfe der Buchgelderschaffung aus dem Nichts. Sie erlangt auch bei einem sogenannten Kreditausfall des Buchungssatzes leistungslos die Frucht der Arbeitsleistung des Sachwerteschöpfers. Dabei benutzt das Bankenkartell den sogenannten „Staat“ als ihren Handlanger und seine Bediensteten zur Aufrechterhaltung der Schuld und Lohnsklaverei und des Umverteilungssystems. Das System erfüllt die Straftatbestände Wucher und Betrug. Jeder der vorsätzlich und bewusst seiner Schädlichkeit an den Raubzügen beteiligt ist macht sich der Beihilfe schuldig. Einer derart kriminellen Vereinigung möchte ich nicht Mitglied sein. Durch die nicht mit geschaffenen Zinsen in der Geldmenge bei der Schöpfung von Buchgeld, ist es zwingend vorgegeben, daß man zu Hochzinszeiten von 15% bis 20% der sogenannten „Kreditnehmer“ ihre erschaffenen Sachwerte an die Bank verlieren müssen. Bei Niedrigzinsen ist es etwas weniger. Man kann somit nicht zurückzahlen was es nicht an Zahlungsmittel im System gibt. Es wird ja nur als Buchgeld neu geschaffen und bei Rückzahlung wieder aus dem System gelöscht, jedoch nicht die geforderten Zinsen. **Damit ist eine friedensgefährdende Existenzkampfarena entstanden in der es zwingend Verlierer geben muss!**

Das sind im Kleinen Privatpersonen oder Firmen und in Großen Staaten ganze Volkswirtschaften. Wir leben gerade auf Kosten der Griechen, der Spanier und Italiener. Wenn das Zahlungsmittelsystem an seine Lebensgrenzen kommt, konzentrieren sich die Vermögen bei den reichsten Individuen und Familien und den effizientesten Volkswirtschaften. Der wahren Mittelschicht werden immer mehr die Mittel entzogen. Das sind die Hauptgründe für verschiedenste kriminelle Erscheinungsformen und die Friedensgefährdung, mittlerweile schon wieder in Europa. Um das fehlen der Zinsbeträge im System zu verschleiern wird die Geldmenge beständig erhöht. Das wiederum erzwingt die Inflation. Am Ende eines Zyklus besteht beides. Die Inflation und die noch viel zerstörerische Deflation.

Zurück zur Kreditvergabe: Durch die Schaffung und Vergabe von verzinstem Buchgeld auf ihre eigenen Einlagen bis zu neunfacher Höhe, erhalten die Bankeigner erhebliche und beinahe leistungslose Einnahmemöglichkeiten und die Möglichkeit sich mit Hilfe

der unwissenden und benutzten Handlanger des Staates die Sachwerte der Schuldner anzueignen. Die BaFin sorgt für die Verschleierung dieser Raubzüge für die Ausschaltung der Konkurrenz und damit für die Beibehaltung des kriminellen Systems der Ausbeutung der Umweltzerstörung und der Friedensgefährdung. Was geschieht nun mit dem riesigen Gewinn der sogenannten Zentralbanken und ihrer angeschlossenen Kreditinstitute? Hat denn die Allgemeinheit etwas davon? Werden damit umweltfreundliche und ethisch vertretbare Arbeitsplätze geschaffen? Werden Allgemeinwohl, Recht und Freiheit gefördert? Wird damit das öffentliche Leben finanziert? Nein! Es sind private Einnahmen die die Inhaberfamilien der Bankenkartelle wiederum nutzen, um sich nahezu leistungslos auf wucherische und betrügerische Weise im ganz großen Stil die Sachwerte ganzer Volkswirtschaften und die Früchte der Arbeitsleistung des kleinen Mannes anzueignen. daß betrachten wir noch weiter unten genauer. Diese Tatsachen aber verschleiert die Bundesbank oder sie sind ihr oder den für diese Veröffentlichungen verantwortlichen Mitarbeiter nicht bekannt. Ich möchte hier auch noch einen weiteren Fehler in der Veröffentlichung richtig stellen.

Zitat der Bundesbank: *„Der Gewinn aus der Bargeldschöpfung... Oft wird vermutet, daß es der Zentralbank unmittelbar einen ziemlich hohen Gewinn einbringt, wenn sie Bargeld in Umlauf bringt. Schließlich kostet die Herstellung beispielsweise einer 100-Euro-Banknote nur wenige Cents.“* Zitat Ende.

Ich wiederhole es gibt keine Banknoten und auch keine Banken mehr außer der deutschen Bundesbank, sondern nur noch Kreditinstitute. Das ist der deutschen Bundesbank aufgrund unserer Interaktion auch bekannt und es ist zudem offenkundig. Das Wort Banknote fehlt auf dem Euro. Der Euro ist ein mit Copyright geschütztes Kunstgegenstand und keine Banknote. Alle vorherigen Zahlungsmittel wie z.B. die D-Mark waren noch Banknoten. Da sie von einer sogenannten staatlichen Notenbank ausgegebenen worden waren. Deshalb war das Wort Banknote auf ihnen auch enthalten. Derartig herausgegebene Gelder werden heute nur noch deutschen Bundesbank in Form von Münzen geschaffen, die aber keine Banknoten sind. Die Europäische Union dient nicht der Sicherung des Friedens. Sie ist eine Währungsunion zur Versklavung der Menschen mit Hilfe der Mitgliedsstaaten und der europaweiten Vereinnahmung der Sachwerte zu Gunsten der Eignerfamilien der sogenannten europäischen Zentralbank. Es ist ein Verrat an der Freiheit.

Weiter schreibt die deutsche Bundesbank: *„Gibt die Zentralbank so eine Banknote an eine Bank ab, vermindert sich deren Sichteinlage bei der Zentralbank um den vollen Nennwert von 100 Euro. Die erste Vermutung (das die EZB Gewinne aus der Zahlungsmittelerzeugung macht; d.V.) geht allerdings in die Irre: Denn die Zentralbank verkauft die Banknoten nicht – da sie ja jederzeit bereit ist, sie wieder zum vollen Nennwert zurückzunehmen.“*

Hier verschleiert uns die deutsche Bundesbank die Tatsache, daß es völlig unmöglich

ist, alles sogenannte „Bargeld“ und „Buchgeld“ an die sogenannte „Zentralbank“ zurückzuzahlen. Da ja dann keinerlei Zahlungsmittel mehr am Markt im Umlauf wäre und damit jede wirtschaftliche Handlung unmöglich gemacht würde. Man hat ja schon erfahren, daß alles von der privaten EZB ausgegebene Bar- und Buchgeld lediglich aufgrund aus dem Nichts geschaffene Verschuldung von Staaten, staatsähnlichen Konstrukten und der Kreditinstitute entstanden ist. Die angeschlossenen sogenannten „Geschäftsbanken“ (Kreditinstitute), verteilen dies dann nur an ihre „Endkunden“ weiter. Dies sind sowohl Staaten, staatsähnliche Konstrukte als auch Privatpersonen. Dieses Schuldsystem der Zentralbanken ist die Hauptursache für die globale Friedensgefährdung. Solange diese Abhängigkeitsverhältnisse der Staaten und staatsähnlichen Konstrukte gegenüber der Zentralbank bestehen, bestehen Mangel und Krieg und ist kollektiver Frieden unmöglich. Das kann jedoch geändert werden. Wir können das ändern helfen. Bei diesem sogenannten Zentralbankgeld gibt es keinen Annahmezwang, keinen Gewährgeber, keinen Rechtsanspruch auf eine Gegenleistung. Und auch auf die Leistung eines Einlagensicherungsfonds besteht kein Rechtsanspruch. Zum fehlenden Rechtsanspruch des Einlagensicherungsfonds siehe Landgericht Berlin 15.06.2010, Aktenzeichen [100360/09](#). Wer hier also tatsächlich täuscht und den Weltfrieden gefährdet sind die Bankenkartelle und nicht ich, die königliche Reichsbank oder die Vereinigung NeuDeutschland oder Königreich Deutschland. Durch die Unmöglichkeit der Rückzahlung (bei Beibehaltung des Eurosystems) gibt es entgegen der Behauptung der Veröffentlichung der deutschen Bundesbank also sehr wohl sehr erhebliche Gewinne aus der Zahlungsmittelschöpfung und zwar in Höhe aller ausgegebenen und am Markt verbleibenden Zahlungsmittel und zudem auch noch aus deren Verzinsung. Tatsächlich aber haben Verschuldung und auch die Verzinsung noch jeweils eine andere Funktion. Die Verschuldung begründet ein Abhängigkeitsverhältnis und eine Leistungspflicht genannt Steuer. Mit Hilfe von Steuern steuert man Verhaltensweisen von Menschen und steuert und kontrolliert die Volkswirtschaften. Steuereinnahmen sind nicht dazu da, das Gemeinwesen zu finanzieren. 81,9% der Arbeitsleistung der Bevölkerung wird mit Hilfe von Zins und den Steuern an die Zentralbankeigner umverteilt. Das lässt sich mit Hilfe der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes errechnen. Jeder der Zinsen oder Steuern zahlt, zahlt diese zu 81,9% an die Bankmafia. Diese Gewinne werden nicht zur Förderung des Allgemeinwohls eingesetzt. Ich und wir können das mit unserem Gewissen kaum vereinbaren. Die Verzinsung hat neben der Gewinnerzielung noch eine weitere Funktion. Da sich die Zahlungsmittelschöpfung nicht auf die geforderten Zahl- und Zinsbeträge erstreckt, ist das Mangelsystem an der Stelle der Garant für die ständige Monopolisierung im Sektor der Kreditinstitute und auch aller anderen Produktions- und Handelszweige und zuletzt die zyklische Vereinnahmung aller erheblichen Sachwerte, Produktionsmittel und der bestehenden öffentlichen Infrastrukturen. Damit ist diese Mangelsystem eines der Hauptursache für die Versklavung der Völker und der tatsächliche Grund für die Kriege und die weitere Friedensgefährdung. Das System ist das Problem. Ohne ein besseres anders geartetes System ist dauerhafter Frieden nicht möglich. Jeder der in diesem System arbeitet erhält es durch seine Mitarbeit,

erhält seine eigene Versklavung und fördert damit Leid und Krieg. So ist der Satz von Christus zu verstehen: „*Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut.*“ Schon Christus wandte sich aus gutem Grund so vehement gegen dieses System des Wuchers. Er wusste, daß es durch seine Nutzung und Mitarbeit erhalten wird. Das sogenannte Zentralbanksystem des verzinnten Schuldgeldes erzeugt und aufrecht erhält ein beständiges Gläubiger- und Schuldnerverhältnis das man mit einem Herren- und Sklavenverhältnis vergleichen kann. Die Zentralbank hat auch hauptsächlich deshalb kein Interesse daran ihr aus dem Nichts geschaffenes Zahlungsmittel zu verkaufen. Damit würde sie ja das Gläubiger- und Schuldnerverhältnis lösen und die BaFin könnte die EZB-herausgegebenen Zahlungsmittel nicht mehr ohne weiteres einfach so Beschlagnahmen oder sicherstellen wie das bei der Razzien in Wittenberg der Fall war. Anders ist es bei dem von der deutschen Bundesbank geprägten eigenen Münzen. Deshalb blieben die auch bei der ersten und zweiten Razzia liegen. Jedes nicht zurückgeholte Zahlungsmittel ist also sehr wohl ein aus dem Nichts erzeugter Gewinn des Zentralbankclans. Diese wissen ganz genau, daß das geschaffene Zahlungsmittel nicht in Summe zurückgegeben werden kann, es sei denn die Staaten schaffen wieder ihre eigenen Währungen. Wenn die Staaten ihre eigenen Währungen alle nach dem gleichen Emissionskriterien schuld- und zinsfrei ausgeben und die Euro nach dem Umtausch dann auch wieder vollständig zurückgeben, wäre das erst das Ende der Lohnsklaverei der Menschheit. Solange das nicht der Fall ist, bleibt die Sklaverei erhalten und das verzinste Schuldgeldsystem führt zu immer schlimmeren Zuständen, immer härteren Existenzkämpfen, zu immer mehr Armut bei der Masse der Menschen, zur Verrohung der Menschen, zu Kriegen und Verteilungskämpfen u.s.w. und zur Vereinnahmung aller Sachwerte in die Hände der Zentralbankeigner. Wollen Sie für diese nun bewusste Friedensgefährdung Verantwortung übernehmen?

Weiter im Text der Bundesbank: „*Ein Gewinn entsteht für die Zentralbank aber dadurch: Um sich Bargeld zu beschaffen, muss die Bank bei der Zentralbank normalerweise einen Kredit aufnehmen. Für diesen Kredit muss sie Zinsen zahlen. Aus Sicht der Zentralbank ist dies ein Zinsertrag. Er fließt so lange, wie die Banknoten in Umlauf sind.*“ Zitat Ende.

Wenn hier die Bundesbank ausführt, daß die sogenannte Geschäftsbank der sogenannten Zentralbank Zins zu zahlen hat, solange sich das Bargeld im Umlauf befindet, dann ist das korrekt. Hier wird aber unerwähnt gelassen, daß die Rückgabe des Bargeldes gar nicht möglich ist, da die dann als sogenannte Geschäftsbank aufhört zu existieren, weil ja dann die Geschäftsgrundlage entzogen ist. Man erinnere sich, ein Kreditinstitut handelt mit Krediten in Euro und anderen sogenannten Finanzdienstleistungen in Euro. Gibt sie diese Euro vollständig an die Zentralbank zurück, hat sie keine Handelsware mehr. Die Euro Kunstgegenstände und die mit ihrer Hilfe erzeugten Buchungssätze sind ja ihre Handelsware und erst damit haben sie überhaupt eine Geschäftsgrundlage. Damit haben die Eigner der EZB immer ein Zinsgewinn solange der Euro besteht. Einnahmen entstehen durch die Annahme von unbedingt rückzahlbaren Geldern, die laufend zur Finanzierung des auf

Gewinnerzielung gerichteten Aktivgeschäftes entgegen genommen werden. Das ist die Aussage des Merkblattes der BaFin. Genau das tun Kreditinstitute. Sie nehmen Bargeld von der Zentralbank als eigene Einlage zur Grundlage und Finanzierung ihrer Geschäftsmodelle der verzinsten Buchgeldschöpfung aus dem Nichts in bis zu neunfacher Höhe ihrer Einlage bei der EZB an. Nur aufgrund dieser „Einlage“ kann sie ja verzinstes Buchgeld aus dem Nichts schaffen. Das tätige weder ich noch die von mir geschaffenen Vereinigungen mit Hilfe der Kooperationskasse oder der königlichen Reichsbank. Ein weiteres Szenario macht deutlich: Wenn das Kreditinstitut seine eigenen Gewinne an die EZB zur Tilgung der eigenen Kredite ausreichen würde, um schuldenfrei zu werden, dann ginge auch das wieder nur auf Kosten eines anderen Kreditinstitutes und anderer Marktteilnehmer. Man erinnere sich: Es ist ein Mangelsystem des Existenzkampfes für alle auch für Kreditinstitute. Den künstlichen Konkurrenzkampf gibt es ja nicht nur unter den produzierenden und dienstleistenden Firmen auf dem Markt oder bei den Volkswirtschaften, es besteht auch unter den Kreditinstituten. Dieser künstliche Konkurrenzkampf auch bei den Kreditinstituten erzwingt die Reduzierung privater Kreditinstitute hin zur Monopolisierung. Wenn ein in Schwierigkeiten geratenes Kreditinstitut den Eignerfamilien der EZB gehört, wird es als systemrelevant eingestuft und dann vom sogenannten Steuerzahler durch dessen erarbeitete Mittel mit Hilfe williger, unwissender oder korrupter sogenannter Politiker gerettet. Andere sogenannte Privatbanken werden nicht gerettet. So gewinnen die größten Finanzclans immer und haben auch damit wieder nur ein Mittel sie mit Hilfe benutzter Handlanger die Arbeitsleistung der Bevölkerung anzueignen und ihre Konkurrenz loszuwerden. Werden ganze Volkswirtschaften in Bedrängnis gebracht, ist dies friedensgefährdend. Derartige Machenschaften möchte das Königreich Deutschland abschaffen helfen.

Weiter im Text der Bundesbank, Zitat: *„Die mit der Schöpfung von Zentralbankgeld verbundenen Gewinne führen Zentralbanken typischerweise an den Staat ab – auch die Deutsche Bundesbank tut dies. Die Euro-Münzen, welche die Bundesbank in Umlauf bringt, kauft sie dem deutschen Staat ab, der sie prägen lässt ("Münzregal"). Der Staat erzielt aus dem Unterschied von Nennwert der Münzen und deren Herstellungskosten einen Gewinn. Dieser Ertrag fließt in den Bundeshaushalt ein. Letztlich kommen somit alle Gewinne aus der Bargeldschöpfung der Allgemeinheit zu Gute.“* Zitat Ende.

Auch hier ist die Information, daß Zentralbanken typischerweise ihre Gewinne an den Staat abführen nur wieder eine Halbwahrheit. Die ganzen Tatsachen werden verschleiert. Typisch ist hier nur die deutsche Bundesbank als Zentralbank die als sogenannt Nationalbank die Gewinne aus dem Münzregal der Bundesrepublik zufließen lässt. Das trifft aber nur auf selbst herausgegebene Münzen und nicht auf die Gewinne der EZB zu die weder einem Staat noch der Europäischen Union angehört. Sie ist eine reine Privatbank die sich aufgrund ihrer juristischen Ausgestaltung als internationale Organisation auch gegenüber keinem Staat oder einem anderem Gemeinwesen zu verantworten hat noch daß sie Gewinne an ein Gemeinwesen abzugeben hat. Frau Merkel setzt sich ja gerade wieder sehr für die

Wahrung und die Unabhängigkeit der EZB ein. Erst am 31.01.2017 gab es darüber wieder diverse Presseveröffentlichungen. Ob sie wohl die hier geschilderten Hintergründe und Zusammenhänge kennt? Jeder der die Folgen dieses Systems kennt sollte sich davon abkehren. Dafür braucht es eine Alternative. Diese aufzubauen darin sehen wir unsere Aufgabe. Diese EZB-Banker kaufen über ihre weiteren Firmen beispielsweise mit ihren an Griechenland ausgegebenen Zetteln oder Anleihen gerade diese Volksvermögen ohne eigene Kosten auf. Auch andere Volkswirtschaften sind ihre Opfer. Das ist tatsächlich friedensgefährdend sowohl innerstaatlich als auch in den internationalen Beziehungen von Staaten untereinander. So wurde Angela Merkel in Griechenland schon mit Hakenkreuzarmbinde in der Presse dargestellt. Derartige Vorgänge sind friedensgefährdend. Das ist für mich bisher nicht einfach so hinnehmbar. Jeder Mann und jede Frau mit einer grundlegenden Ethik oder einem entwickelten Gewissen sollte hier in eigenem Tempo und zu gegebener Zeit eine sukzessive Abkehr von dieser Selbstzerstörung tätigen. Das geht jedoch nur, wenn es eine oder mehrere Alternativen gibt. Diese friedenssichernde Struktur anzubieten sehe ich mich im Artikel 23 Grundgesetz aufgefordert. Das Königreich Deutschland ist Ausdruck dieser Friedenssicherungswünsche. Dies mit meinem Wissen nicht zu leisten, wäre für mich unterlassene Hilfeleistung. Derartige Fakten waren die Gründe dafür, daß ich gewillt bin mich nur außerhalb dieser friedensgefährdend Strukturen zu engagieren und etwas fürs Allgemeinwohl zu tun. Ich nutze dazu vorhandene, legale Gestaltungsspielräume. Nicht nur die Art der Zahlungsmittellemission des angeschlossenen System der Kreditinstitute ist kriegsfördernd. Auch die weitere und dazu passende Systeme ist der Motor von Krieg und Leid. Sie erzeugen Armut und Unwissenheit. Aber ungebildete Menschen lassen sich eher in einen Krieg ziehen als gebildete und in Fülle lebende Menschen.

Einige Beispiele für friedensgefährdende Systemzustände die das Königreich Deutschland sich abzuschaffen bemüht:

- das bestehende Gesundheitswesen ist so ausgerichtet, daß man mit der Krankheit der Menschen Profite macht. Gesunde Menschen werden gezwungen die Profite der Industrie zu finanzieren.
- das Rentenwesen basiert auf der erzwungenen Umverteilung der Leistung der Arbeitenden an die Rentner. Zinssystem und Demographie Probleme lassen Altersarmut immer häufiger werden. Das System ist nicht nachhaltig.
- das Wirtschaftssystem ist nicht am Allgemeinwohlinteresse ausgerichtet. Es fördert Raubbau und Umweltzerstörung. Es ist auf Profit einer kleinen Elite auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt ausgerichtet. Die Profite werden privatisiert, die Umweltschäden der Allgemeinheit auferlegt.
- Das Bildungssystem übt Leistungsdruck aus, erzeugt Angst und Uniformität. Es belohnt Systemkonformität und bestraft eigenes Denken und abweichende

Individualität. Ziel ist es willige und halbgebildete Arbeiter und Angestellte für die Industrie und die öffentlichen Stellen zu erziehen, die wenig hinterfragen, sich gegenseitig Feind sind und über wenig ethische Werte verfügen.

Vergleichen wir dazu die friedensfördernden System des Königreiches Deutschland:

- das Gesundheitswesen ist an der Erzeugung der Gesundheit der Menschen ausgerichtet. Krankheit der Bevölkerung geht zu Lasten des Staates. Deshalb hat die Vereinigung NeuDeutschland oder auch Königreich Deutschland ein ureigenes Interesse an einer hohen Volksgesundheit. Es wird verstärkt Prävention geleistet. Zudem sorgt die Vereinigung für Lebens- und Gesundheitsförderliche Umwelt und gesunde Lebensmittel. Umfassend Aufklärung zu leisten und alles Schädliche zu eliminieren oder mit Steuern zu belegen, ist Programm. Die Industrie als Verursacher eines Schadens hat hier Wiedergutmachung zu leisten. Die Statistik beweist die Effizienz des eigenen Gesundheitswesens. Kaum 20% müssen für Gesundheitsdienstleistungen aufgewendet werden. Es gibt seit etwa 8 Jahren noch immer keinen einzigen Fall von Krebs bei allen Abgesicherten. Die Überschüsse werden für die Förderung von Allgemeinwohl oder die Rückführung von Kapital verwendet. Gesunde, gebildete, starke und grundsätzlich liebende Menschen ziehen nicht in den Krieg. Das ist aktive Friedenssicherung.

- das Rentensystem basiert auf realen Sachwerten die in der Lage sind einen Mehrwert zu erzeugen und sich im Eigentum der Allgemeinheit befinden. Altersarmut kann somit nur im Kriegsfall geschehen. Deshalb haben die Vereinigungen NeuDeutschland und Königreich Deutschland ein ureigenes Interesse an der Wahrung dauerhaften Friedens.

- das Wirtschaftssystem von NeuDeutschland und Königreich Deutschland ist an der Erzeugung von Allgemeinwohl, an den Bedürfnissen aller Menschen und an der Erhaltung der Umwelt ausgerichtet. Das Geldsystem und die dazugehörige Institutionen und Strukturen sind hier selbstlose Diener an allen Menschen. Es gibt keine abgepressten Steuern. Keine Gebühren. Keine Zinsen. Alle Abgabenzahlungen (außer die Beträge für Gesundheit, Ruhestand, Unfall und Pflege bei Arbeitnehmern) sind freiwillig zu zahlen. Es gibt keinen Erklärungszwang. Es besteht für alle Menschen das Recht auf gut bezahlte Arbeit. Alle Menschen im Königreich Deutschland sind frei von Zwängen. Alle Vereinbarung werden bewusst in Kenntnis ihrer Wirkung getätigt. Die Überschüsse aller Zweckbetriebe und der Sozialsysteme sind dem öffentlichen Haushalt einzustellen. Kriminalität ist weitgehend inexistent da es aufgrund allgemeiner Fülle und dem Recht auf gut bezahlte Tätigkeit keine Wirtschafts- und Beschaffungskriminalität gibt. Das erschafft sozialen Frieden und eine Grundlage zur Möglichkeit von internationalem Frieden. Die Vereinigungen sind hier friedensfördernd und nicht wie behauptet friedensgefährdend.

- das Bildungswesen in den Vereinigungen ist gemäß Artikel 62 der Vereinigungsverfassung an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtet. Gefördert wird Individualität und freiwillige Kooperation. Das Ziel der Bildung ist in Artikel 62 nachzulesen. Das Bildungswesen ist unmittelbar auf die Friedenssicherung ausgerichtet. Im Artikel 62, Absatz 3 ist formuliert:

„Der Staat hat darauf hinzuwirken, daß die Menschen zu selbstbewußten, mental, emotional und körperlich ganzheitlich entwickelten Persönlichkeiten heranwachsen. Sie sollen die Natur und die Menschenrechte achten und die Gemeinschaft, den Frieden und die Verbreitung ethischer Werte fördern. Die Schule hat darauf hinzuwirken, daß die Schüler Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, um auch persönliche und gesellschaftliche Probleme gewaltfrei lösen zu können.“

Im Artikel 62, Absatz 5 ist formuliert:

„Der Staat hat beim Religionsunterricht darauf hinzuwirken, daß eine wahre Erkenntniseinheit zwischen Wissenschaft, Spiritualität und Religion erreicht wird, das positive Werte und Charaktereigenschaften im Menschen vermehrt werden und sich die Fähigkeit bedingungsloser Liebesfähigkeit ausbilden kann.“

Wie hier vom Gericht eine Friedensgefährdung hergeleitet oder erkannt werden soll, ist nicht nachzuvollziehen. Die Vereinigung hat die Aufgabe den Menschen wahrhaften Frieden zu ermöglichen. Entgegen etablierter Politik tut sie dies nicht nur mit Lippenbekenntnissen, durch Drohungen oder mit Sanktionen und Waffengewalt wie es die EU oder NATO tätigt. Alles sind hier immer nur Angebote. Niemandem wird etwas aufgezwungen. Wenn die Vertreter anderer Staaten derartige Systemstrukturen selbst etablieren wollen dann können die dies ohne Bedingungen kopieren und für sich übernehmen. Wenn die Menschen in anderen Staaten gegen den eventuellen oder andauernden friedensgefährdenden Bestrebungen der Vertreter ihrer Regierungen diese friedensförderlichen Strukturen übernehmen wollen, dann können sie dies aufgrund des europaweit verankerten Subsidiaritätsprinzips auch ohne ihre jeweiligen Regierungen und mit Hilfe eines Referendums und eigener Betätigung in den Regionen und Gemeinden erreichen. Sie können sich auch völkerrechtskonform friedlich an bestehende Strukturen anschließen, die derartige Reformen bereits durchgeführt haben. Nur so kann die mit Hilfe einer erneuerten Ordnung dauerhafter Frieden auch tatsächlich etablieren. Die bestehenden Systeme schafften bisher keinen nationalen oder internationalen Frieden. Sie sind dazu auch gar nicht geeignet. Das hat die Geschichte doch mehr als deutlich gezeigt. Es braucht dazu eine Erneuerung der Systeme. Aufgrund des europaweit geltenden Subsidiaritätsprinzips ist das Feld denen zugelassen, die ein echtes Interesse am Gemeinwohl haben und die eine Geldemission zur Herstellung von Allgemeinwohl besser zu leisten im Stande sind, als dies gegenwärtig geschieht. Gern stelle ich mein Wissen der deutschen Bundesbank zur Verfügung falls dies gewünscht ist. Ich kann mir auch eine umfassende Kooperation mit der deutschen Bundesbank beim Design oder Emission einer neuen

Währung vorstellen. Sollte dies nicht erwünscht oder möglich sein, würde ich sie darum ersuchen mir das Feld zu überlassen. Ich werde mein Bestes dabei geben, ein umfassendes Allgemeinwohl zu erreichen. Sicher wird es dann aber länger dauern und auch viel schwerer erreichbar sein. Gern können auch vertrauliche Gespräche dazu geführt werden. Die von mir geschaffenen Vereinigungen wurden mit der Zielsetzung geschaffen, den globalen Frieden wieder herzustellen, oder zumindest einen Beitrag dazu zu leisten. Das die globalen Missstände der Grund für mein und unser gemeinschaftliches Handeln sind, wurde hier bereits mehrfach erklärt. Auch das Statut der „erneuerten Vereinten Nationen“ ist ein derartiges Angebot. Auch auf der Internetseite koenigreichdeutschland.org zum Stichpunkt Gemeinwesen, finden Sie Informationen dazu, wie ein neues, basisdemokratisches Gemeinwesen zum Wohle der Allgemeinheit aufzubauen ist. Es zeigt die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Praxis. Sollte ich hier jedoch auch nur schon zu einer Bewährungsstrafe verurteilt werden, kann und werde ich nichts für Sie tun können. So liegt das Allgemeinwohl nun in Ihren Händen.